

OSTTHÜRINGER Zeitung

Kreistag Saale-Orla fühlt sich nicht zuständig für Handels-Abkommen

14.11.2014 - 14:06 Uhr

Resolution gegen Freihandelsabkommen in Ausschuss: Kreistag Saale-Orla fühlt sich nicht zuständig und will über den Linke-Antrag erstmal im Wirtschaftsausschuss diskutieren.



Kreistag Saale-Orla fühlt sich nicht zuständig und will über den Linke-Antrag erstmal im Wirtschaftsausschuss diskutieren. Foto: Uli Drescher

Schleiz. Der Kreistag hat in seiner jüngsten Sitzung den Antrag der Linke-Fraktion, eine Resolution gegen die Freihandelsabkommen TTIP, Ceta und Tisa zu verabschieden, in den Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Nachdem Fraktionsvorsitzender [Dieter Rebelein](#) die Begründung ausführlich verlesen hatte, stellte CDU-Vorsitzender [Stefan Gruhner](#) einen Antrag auf Ende der Debatte und Ablehnung des Linke-Antrags. "Wir sind der falsche Ort", so Gruhner, der jedoch mit 15 Ja- und 18-Gegenstimmen scheiterte.

Landrat [Thomas Fügmann](#) (CDU) blies ins selbe Horn: "Laut Kommunalordnung ist der Kreistag dafür nicht zuständig." Fügmann riet Rebelein, die im EU-Parlament und im Bundestag vertretenen Linke-Abgeordneten zu einer Ablehnung der Transatlantischen Freihandelsabkommen zu animieren. [Arnfried Völlm](#) (CDU) sprach davon, dass fast die Hälfte der Deutschen die Freihandelsabkommen positiv sehen würden.

Constanze Truschzinski (SIP) warnte davor, die Angelegenheit "zu locker zu sehen". Denn wenn internationale Konzerne vor nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten Schadensersatz von Staaten verlangen könnten, wenn diese die Gesetze zu ihren Ungunsten geändert haben, könne es für Steuerzahler teuer werden. Auch sie forderte, dass die Verhandlungsinhalte öffentlich gemacht werden sollten. Wolfgang Kleindienst (UBV) stellte fest, dass der Kreistag in dieser Angelegenheit nicht zuständig sei, aber eine politische Erklärung abgeben könnte. Denn kommen die Freihandelsabkommen in der bisher bekannten Form, sei dies nicht von Vorteil für die Landkreise und Kommunen, meinte er.

[Stefan Gruhner](#) sah im Linke-Antrag zwischen den Zeilen einen latenten Anti-Amerikanismus und wies darauf hin, dass inzwischen auch Verhandlungsergebnisse auf einer Internetseite der EU veröffentlicht würden. Da er in dieser Angelegenheit keinen zweiten Geschäftsordnungsantrag stellen konnte, übernahm dies Juergen K. Klimpke (SPD), der vorschlug, die Angelegenheit im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren.

Peter Cissek / 14.11.14 / OTZ
ZOR0005282469